

Analyse

Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten

Von Ricardo Giucci und Robert Kirchner, Berlin/Kiew

Zusammenfassung

Die internationale Krise hat die Ukraine besonders hart getroffen. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2009 um ca. 14 % zurückgegangen; ein massiver Einbruch, auch im regionalen Vergleich. Neben der Kredithilfe des IWF haben reale Lohnsenkungen, eine starke Abwertung der Währung sowie eine restriktive Geldpolitik entschieden zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beigetragen.

Für 2010 wird eine moderate wirtschaftliche Erholung prognostiziert. Während die Ukraine von der globalen Erholung der Wirtschaft profitieren sollte, kehren die starken außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulse der Vorkrisenzeit wohl so schnell nicht zurück; das BIP wird voraussichtlich lediglich um ca. 3 % ansteigen. Strukturreformen als langfristiger Wachstumsmotor scheinen daher wichtiger denn je zu sein. Aber auch bei der makroökonomischen Stabilisierung stehen wichtige Aufgaben bevor. Insbesondere muss das Budgetdefizit in enger Zusammenarbeit mit dem IWF reduziert werden. Es gibt viel zu tun und das Zeitfenster ist begrenzt.

Rückblick 2009

Das Jahr 2009 wird in die Geschichte der Ukraine als ein »Krisenjahr« eingehen. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist massiv eingebrochen; das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um etwa 14 % und entwickelte sich damit schlechter als in den Nachbarländern Russland (-8 %) und Belarus (+0,2 %). Wie zu erwarten, ist auch die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Arbeitslosenrate (ILO-Methodologie) stieg von 6,9 % Ende 2007 auf geschätzte 9,2 % Ende 2009. Dieser recht moderate Anstieg ist u. a. der Tatsache zu verdanken, dass die Löhne und Gehälter flexibel reagiert haben. So sanken 2009 die Reallöhne um 10 %. Damit hat der Arbeitsmarkt einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine geleistet.

Ein weiterer stabilisierender Faktor war die Geld- und Wechselkurspolitik der Nationalbank der Ukraine (NBU). Bereits im vierten Quartal 2008 fand eine signifikante Abwertung der Hrywnja statt, die zur Wiederherstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts dringend erforderlich war. In der Folge hat die NBU im Jahr 2009 durch eine verhältnismäßig restriktive Geldpolitik indirekt den Kurs der Hrywnja unterstützt, der sich im Jahresverlauf bei einem Wert von etwa 8 UAH/USD stabilisiert hat. Aber auch die Inflationsrate ging in Folge dieser Politik zurück, trotz der massiven Abwertung Ende 2008. Die Teuerungsrate sank von 22,3 % Ende 2008 auf 12,3 % Ende 2009. Diese restriktive Politik wurde aber von praktisch allen politischen Kräften kritisiert und die NBU geriet sehr stark unter politischen Druck.

Der starke politische Druck auf die NBU ist allerdings in erster Linie fiskalisch begründet. 2009 wurde

eine Reihe von Maßnahmen zur Reduktion des Haushaltdefizits implementiert, diese gingen allerdings nicht weit genug. Zentrale Bereiche wie Renten und Energiepreise wurden aus politischen Gründen nicht angefasst. Als Folge resultiert daraus ein sehr hohes Haushaltdefizit, das allerdings in Abhängigkeit von der konkreten Bewertung einer Reihe von Transaktionen (staatliche Zuwendungen an Naftohaz bzw. den Pensionsfonds, die Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den IWF und die Maßnahmen zur Rekapitalisierung von Banken) sehr unterschiedlich ausfällt: Die Schätzungen für das Budgetdefizit im Jahr 2009 liegen deshalb je nach konkreter Auslegung zwischen 5,4 % und 9,0 % vom BIP. Dieses sehr hohe und gegenwärtig kaum finanzierte Defizit erklärt den Wunsch der Politik, die Notenpresse zur Finanzierung der Staatsausgaben einzusetzen. Eine zentrale Lehre aus der Krise 2009 sollte deshalb sein, dass die Unabhängigkeit der NBU gestärkt werden muss.

Ausblick 2010

Am Anfang des neuen Jahres 2010 stellt sich unmittelbar die Frage, wie sich die wirtschaftliche Situation weiterentwickeln wird. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Prognosen der zentralen makroökonomischen Indikatoren durch eine Reihe von internationalen und nationalen Institutionen.

Realwirtschaft/BIP: Für 2010 zeichnet sich eine langsame, moderate Erholung des BIP ab. Hierbei spielen auch statistische Basiseffekte eine Rolle, die nach dem starken Fall des BIP im Jahr 2009 für ein positives Wachstum im Folgejahr sorgen. Dieses Wachstum ist vor allem durch die anziehende externe Nachfrage

bedingt, während die inländische Nachfrage wohl erst zeitverzögert Impulse setzen kann. Die weitere Erholung der weltwirtschaftlichen Lage bleibt dabei der zentrale Einflussfaktor auf die ukrainische Wirtschaft. Eine Verschlechterung der globalen Lage würde dabei unmittelbar Abwärtsrisiken implizieren.

Tabelle 1: Prognosen der zentralen wirtschaftlichen Indikatoren 2010

	Weltbank	IWF	IER Kiew
reales BIP-Wachstum, in %	2,5	2,7	3,4
BIP, in Mrd. USD	k.A.	119,7	125,2
Inflation, in % zum Jahresende	10,6	9,0	11,5
Leistungsbilanzsaldo, in % vom BIP	0,1	0,2	-1,1
Budgetdefizit, in % vom BIP	4,0	4,0*	3,8
Staatsverschuldung, in % vom BIP	41,7	38,6	k.A.

* inklusive Naftohaz

Inflation: Nach einem stetigen Rückgang der Inflation im Verlauf des Jahres 2009 stellt sich die Frage, ob sich diese Entwicklung auch 2010 fortsetzen wird. Die Prognosen sehen hier nur einen leichten Rückgang vor; es ist sehr wahrscheinlich, dass die Inflationsrate im Jahresverlauf auf einem niedrigen zweistelligen Niveau verharrt. Unsicherheiten ergeben sich hierbei durch die dringend notwendigen Preisanpassungen im Energiebereich, die bisher unterblieben sind.

Leistungsbilanz: Der Großteil der Anpassung der Leistungsbilanz ist im Jahresverlauf 2009 erfolgt, so dass diese nun fast ausgeglichen ist. Während es 2010 zu einem deutlichen Anstieg der Exporte kommen sollte (vgl. die Erläuterungen zum BIP), werden bei einer moderaten Erholung auch die Importe steigen. Daher sollte der Leistungsbilanzsaldo im Vergleich zu 2009 etwa unverändert bleiben, d. h. die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen sein. Damit ist aus dieser Richtung kein Druck auf den Wechselkurs zu erwarten.

Öffentliche Finanzen: Die angespannte fiskalische Lage ist auch im neuen Jahr der größte Risikofaktor, da hier die Unsicherheiten besonders groß sind. Bisher

ist vom Parlament kein Budget für 2010 verabschiedet worden, so dass nach geltender Gesetzgebung das Vorjahresbudget weiter exekutiert wird. Neben dem angesprochenen fehlenden Willen zu notwendigen Anpassungsmaßnahmen wurden Ende 2009 neue, ungedeckte Versprechungen im populistischen Gesetz bezüglich der Mindestlöhne und -renten gemacht. Vor dem Hintergrund des fehlenden Kapitalmarktzugangs im Ausland und eines unterentwickelten inländischen Kapitalmarktes bedeutet das auch ein latentes Risiko für die Inflationsentwicklung.

Eine Prognose für 2010 ist unter diesen Umständen sehr schwierig, aber klar ist, dass dem Budget 2010 eine zentrale Rolle zukommen wird. Es ist zu erwarten, dass im Kontext einer Fortführung der Kooperation mit dem IWF nach einer Konsolidierung der politischen Lage ein realistisches Budget verabschiedet wird, das diesen Erfordernissen Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass im Zuge der Krise auch die Staatsverschuldung deutlich zunimmt: Von 12,4 % des BIP Ende 2007 auf ca. 40 % des BIP Ende 2010.

Fazit

Eine langsame, moderate Erholung der Realwirtschaft ist aus heutiger Sicht das wahrscheinlichste Szenario der weiteren Entwicklung. Die Lage bleibt dabei allerdings fragil und von vielen Unsicherheiten gekennzeichnet. Ein zentraler Einflussfaktor dieser Erholung bleibt die externe Situation in Form der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft.

Eine schnelle Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten vor der Krise wird es dabei jedoch nicht geben. Wachstumstreiber der Vergangenheit wie ein hohes Exportwachstum (z. B. bei den Stahlexporten) sowie eine dynamische Expansion des inländischen Konsums (begünstigt durch ein starkes Kreditwachstum) werden so schnell nicht wiederkommen. Die Notwendigkeit für strukturelle Reformen steigt damit unmittelbar. Als Basis einer solchen ambitionierten, mittelfristigen wirksamen Reformagenda muss aber eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik stehen. In diesem Zusammenhang ist die Wiederaufnahme der Kooperation mit dem IWF ohne Alternative, und als aktuell wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe anzusehen.

Über die Autoren:

Dr. Ricardo Giucci ist Leiter und Robert Kirchner Mitglied der Deutschen Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms finanziert wird.

Der abgedruckte Text ist ein Nachdruck des aktuellen Newsletters der Beratergruppe (Nr. 17 vom Januar 2010). Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@beratergruppe-ukraine.de